



Pressemitteilung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.12.2023

Haushalt 2024 beschlossen!

In der Stadtverordnetensitzung am 21. Dezember stimmten die Freien Wähler dem Haushalt für das kommende Jahr zu. Insgesamt erhielt der Haushalt eine große Mehrheit der Versammlung. Erstmals wurde durch die Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung ein Antrag mit Sparvorschlägen eingebracht, dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

In dem Haushalt für das kommende Jahr befinden sich eine Vielzahl von wichtigen Investitionen, dazu zählt insbesondere der Bau einer neuen Kita für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Dadurch wird für junge Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Verwundert waren die Freien Wähler über den Antrag der CDU-Fraktion die Gelder für den Bau dieser Kita kurzfristig einfach zu streichen. Bei dieser Aufgabe handelt es sich immerhin um einen gesetzlichen Auftrag.

Ebenso unterstützen die Freie Freien Wähler den Neubau des Feuerwehrhauses in Gustavsburg und die Integrierung der Verwaltung in dieses Gebäude. Die Ortsentlastungsstraße in Ginsheim befindet sich auch weiterhin im Haushalt, ebenso wie die Sport- und Kulturhalle im Stadtteil Gustavsburg. In der jüngst vorgelegten Machbarkeitsstudie zu der Halle wurden die Kosten jedoch auf mindestens 7 Millionen Euro beziffert. Hier wird eine Realisierung ohne Fördermittel sehr schwierig werden.

Schwierig wird auch noch die finanzielle Situation im kommenden Jahr, wenn sich der Landrat mit seiner massiven Erhöhung der Kreis- und Schulumlage durchsetzen sollte. Für diesen Fall konnten bereits jetzt Gelder in den Haushalt eingestellt werden, um uns auf dem Rechtsweg gegen den Kreis wehren zu können. Dies gilt auch für die Klärung der Rechtsfrage zur Ortsentlastungsstraße, das Land Hessen will sich vor seinen vertraglichen Zusagen drücken. Hier erhoffen wir uns 2024 endlich eine verbindliche juristische Klärung. Geklärt werden muss auch, in welcher Art und Umfang das kommunale Kino zukünftig weitergeführt werden soll. Diesen Auftrag hat die Verwaltung durch einen Antrag von SPD, FPD und Freien Wählern erhalten.

Geprüft werden muss dies, wenn auch in anderer Konstellation, für die Musikschule Mainspitze. Ein „weiter so“ im Kulturbereich ist zukünftig nicht mehr bezahlbar. Durch einen gemeinsamen Antrag von SPD und Freien Wähler kann im nächsten Jahr nun eine externe Untersuchung der Verwaltung erfolgen. Durch den externen Sachverstand soll eine tiefere Analyse von Verwaltungsabläufen, Personalansätzen und Prozesssteuerungen erfolgen.

Dadurch erhoffen sich die Freien Wähler Vorschläge und Ansätze, um unsere Verwaltung zukünftig effizienter aufzustellen.

Zugestimmt haben die Freien Wähler auch der Bereitstellung von Geldern für die Anschaffung von Stromgeneratoren für unsere Feuerwehr. Wie wichtig dies sein kann, sehen wir an der aktuellen Hochwasserlage in Deutschland.

Weitere Informationen und die vollständige Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Rolf Leinz finden Sie unter www.fw-gigu.de/aktuelles/